Mittwoch, 30. September 2020, 17:00 Uhr
~18 Minuten Lesezeit

Achtung, Diktatur!

Die Wirtschafts- und Finanzeliten nutzen die Krise, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen — unter aktiver Mithilfe der Politik. Teil 1/2.

von Peter Frey
Foto: Chaikom/Shutterstock.com

Der Umbau des demokratischen Rechtsstaates mit seinem Fundament Grundgesetz geht unaufhörlich vonstatten. Einen großen Schub bekam er durch die Coronakrise. Wirtschaftseliten haben zusammen mit

dienstbaren Politikern und Technokraten in der Verwaltung damit begonnen. Sie folgen der Erkenntnis, dass sich in Krisen am schnellsten Veränderungen durchsetzen lassen. Notfalls werden dafür solche gesellschaftlichen Zustände auch bewusst und gezielt erzeugt. Ein parlamentarischer Berater des Deutschen Bundestages, also ein Mitarbeiter einer Fraktion, warnt vor dieser Entwicklung. Er sucht mit einer Botschaft — aber im Schutz der Anonymität — die Öffentlichkeit. Eindringlich warnt er vor einem Umbau des demokratischen Rechtsstaates hin zu einer gesteuerten Diktatur.

Einem Großteil der Gesellschaft ist in keiner Weise bewusst, in welchem Ausmaß seit geraumer Zeit — spätestens jedoch seit dem „Ausbruch" der „Coronakrise" — das Rechtssystem, Gewaltenteilung, Kontrolle der Macht und damit verbunden essenziell im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerte Freiheitsrechte der Menschen systematisch geschleift werden. Wie in dunkelsten Zeiten deutscher Geschichte haben Demagogen das Heft der Meinungshoheit in die Hand genommen. Millionen Menschen folgen willig deren Botschaften oder unterwerfen sich aus Angst oder/und Opportunismus den „Sachzwängen".

In dieser Situation offenbart sich der Deutsche Bundestag als zahnloser Tiger, ja mehr noch als Totalausfall im Sinne eines Hüters der Demokratie und des Rechtsstaates (p1). Andererseits gibt es auf Seiten der Parlamentarier wie auch der Bürokratie innerhalb der Machtstrukturen Menschen, die — geplagt von ihrem Gewissen — nicht schweigen wollen. Ihnen und ihrem Mut sollte unsere Unterstützung und Wertschätzung zuteil werden.

Der im Folgenden veröffentlichte Brief wurde mir anonym zugestellt. Der/die Verfasser wie auch der/die Absender und Weiterleitenden haben sorgfältig auf ihre Anonymität geachtet. Das erkenne ich an der Art des Briefes selbst wie auch dem Verwischen der ursprünglichen Quelle. Die Authentizität der Beteiligten anhand der mir zur Verfügung stehenden Daten beabsichtige ich nicht zu prüfen — eben weil das von den Betreffenden nicht gewollt ist (a1).

Nun stellt sich möglicherweise die Frage, ob ich nicht allzu leichtfertig das Risiko eingehe, einer Fälschung aufzusitzen. Die Antwort darauf lautet aus meiner Sicht: Ja und Nein. Natürlich kann dieser Bundestagsmitarbeiter — nicht zu verwechseln mit Bundestagsabgeordneter — rein fiktiv sein. Wir erfahren von ihm auch kaum Interna aus den Bundestagsreihen, sondern er entwirft eher ein großes Bild der Politik. Was sich jedoch authentisch anfühlt, sind die Inhalte und die Art und Weise ihrer Vermittlung durch diese(n) Menschen.

Der Verfasser verfügt über ein komplexes Wissen und ist in der Lage, Beziehungen zwischen unterschiedlich gelagerten Sachverhalten zu erfassen und präzise zu beschreiben. Er offenbart ein profundes Wissen zu technischen und wirtschaftlichen Aspekten wie auch zu Politik und Geopolitik. Es ist vorstellbar, dass dieser Mensch tatsächlich als Parlamentarischer Berater (p2) — auch Fraktionsreferent genannt — einer Fraktion des Deutschen Bundestages zuarbeitet.

Was weiterhin ersichtlich wird: Wir lesen nicht die Abhandlung, gar Abrechnung eines „Nestbeschmutzers“, sondern die eines tiefgründigen, reflektierenden, um seine und die Zukunft seiner Mitmenschen besorgten, Verantwortung wahrnehmenden Bürgers dieses Landes. Seine Botschaft ist achtungsvoll, empathisch und verbindend, die angebotenen Informationen sauber recherchiert, mit Quellen unterlegt und sachlich dargestellt. Sie ist es allemal wert, einem größeren Publikum vorgestellt zu werden. Aufgrund

seiner Länge wird der Brief in zwei Teilen veröffentlicht.

Nachtrag am 30. Oktober 2020

Inzwischen hat der Verfasser sich entschlossen, seine Anonymität aufzugeben. Für diesen mutigen Schritt gilt ihm mein großer Respekt. Sebastian Friebel, so sein Name, hat inzwischen weiter an seinem umfangreichen Dokument gearbeitet, aus seiner Sicht erkennbare Fehler beseitigt und das Ganze noch erheblich erweitert. Der interessierte Leser kann es hier studieren und **herunterladen** (https://wie-soll-es-weitergehen.de/files/Wie-soll-es-weitergehen-DIN-A4-small.pdf). Im folgenden also die Urfassung des Dokuments.

Warnung an die Bevölkerung

Anonym, September 2020
Parlamentarischer Berater des Deutschen Bundestages

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich wende mich als Mitarbeiter des Deutschen Bundestages mit der Funktion eines parlamentarischen Beraters an Sie. Durch meine Tätigkeit im Parlament habe ich Kenntnis davon, dass den Menschen in unserem Land wichtige Informationen in Zusammenhang mit der Coronakrise gezielt vorenthalten werden, obwohl diese zur Beurteilung der Situation von entscheidender Bedeutung sind. Ich sehe es, bedingt durch die enorme Tragweite der jüngsten Ereignisse, als Pflicht gegenüber meinen Mitbürgern an, diese Dinge öffentlich zu thematisieren.

Vermutlich werden viele diesen Text bereits nach wenigen Zeilen

zur Seite legen, weil sie sich eine vorsätzliche Täuschung der Bevölkerung nicht vorstellen können. Ich habe Verständnis dafür, denn auch ich hätte früher eine derartige Vorstellung als „Verschwörungstheorie“ abgetan. Doch mittlerweile musste ich, nicht zuletzt durch meine Erlebnisse im Bundestag, erkennen, welche Methoden weltweit von Regierungen, Medien und einflussreichen Akteuren der Privatwirtschaft zu unser aller Nachteil angewendet werden und dass die Bevölkerung dem leider zu häufig zu unkritisch begegnet. Ich hoffe dennoch, dass der eine oder andere meine Hinweise zumindest überprüfen wird.

Aufgrund der besorgniserregenden Tatsache, dass kritische Stimmen in Deutschland mittlerweile diffamiert, angegriffen und in ihrer Existenz regelrecht vernichtet werden, bin ich gezwungen, dieses Schreiben anonym zu veröffentlichen. Auch meine Fraktionszugehörigkeit kann ich aus demselben Grund nicht angeben. Diese spielt ohnehin keine Rolle, denn wir müssen in Deutschland dringend wieder lernen, uns „lagerübergreifend“ zuzuhören und zu respektieren.

Wenn wir nicht bald zu einem solchen Miteinander zurückfinden, wird unsere Gesellschaft endgültig in verfeindete Gruppen zersplittern. Leider hat der Umgang mit Corona bereits jetzt dazu beigetragen, die gesellschaftlichen Gräben weiter zu vertiefen. Insofern ist es für mein Anliegen zielführend, die Angabe meiner Fraktion offenzulassen. Nachweise für meine Tätigkeit im Parlament sind am Ende des Dokuments angefügt.

Sie, liebe Leserin und lieber Leser, sollen nur Folgendes über mich wissen: Ich schreibe diesen Bericht in aufrichtiger Sorge um die Sicherheit, die Freiheit sowie den Wohlstand von uns allen. Diese tragenden Säulen unserer Demokratie sind akut gefährdet, denn die Coronakrise wird von verschiedenen Seiten her instrumentalisiert und unsere berechtigten Sorgen wegen des Coronavirus werden für fremde Ziele missbraucht und ausgenutzt.

Ich muss an dieser Stelle betonen, dass ich die Gesundheitsrisiken in Zusammenhang mit dem Virus nicht verharmlosen will. Corona kann insbesondere für ältere sowie vorerkrankte Menschen eine ernste Gefahr sein, dieser Fakt ist unbestritten. Gleichzeitig muss ich jedoch feststellen, dass verschiedene Akteure mit verzerrender Berichterstattung und aus dem Zusammenhang gerissenen Horrorbildern systematisch Angst in der Bevölkerung verbreiten und damit ein Bild der Pandemie zeichnen, das nicht der Realität entspricht. Ziel dieser Kräfte aus Politik, Weltwirtschaft und Medien ist es, von weitreichenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen abzulenken, die im Hintergrund der Krise ablaufen und für die Corona „wie gerufen“ kommt.

Weiterhin sollen die Menschen in ihrer Angst vor dem Virus Maßnahmen und dauerhafte Einschränkungen akzeptieren, die angesichts der Situation in keiner Weise gerechtfertigt sind und die gegen die Interessen der Bevölkerung verstoßen. Vieles davon ist mit öffentlich zugänglichen Quellen nachvollziehbar, die eigentlichen Ziele der Maßnahmen werden den Bürgern dabei jedoch verschwiegen.

Über diese Hintergründe möchte ich Sie mit meinem Bericht informieren und ich lade Sie herzlich ein, meine Ausführungen zu überprüfen, noch bevor Ihnen diese Möglichkeit durch breite Zensur dauerhaft genommen wird.

I. Das Weltwirtschaftsforum WEF

Das Weltwirtschaftsforum WEF (a2) als Sprachrohr der einflussreichsten internationalen Konzerne und Großbanken instrumentalisiert die Krise, um eine lange vorbereitete Agenda zur Neuordnung der gesamten Weltwirtschaft umzusetzen (1). Dieser „Great Reset“ wird uns dabei als Wandel der Globalisierung hin zu

einer nachhaltigen Wirtschaft verkauft, doch handelt es sich hierbei um eine Täuschung.

Tatsächlich wollen die Akteure des WEF damit eine weitestgehende Zentralisierung der politischen Macht in überstaatlichen Institutionen wie der UN, EU und dem IWF erreichen, sowie völlig neuartige, supranationale Organe schaffen. Über diese Organisationen wollen sie die demokratische Kontrolle der Weltwirtschaft und -politik durch gewählte Parlamente dauerhaft aushebeln, weil sich aus ihrer Sicht bislang zu viele Nationalstaaten den Privatisierungsorgien der Konzerne und der Finanzspekulanten nicht beugen wollen.

Darüber hinaus will man den Mittelstand endgültig verdrängen und die freiwerdenden Marktanteile im Rahmen der „vierten industriellen Revolution“ übernehmen. Für all diese Ziele kommt Corona und die damit verbundene globale Wirtschaftskrise wie gerufen. Die Kräfte hinter dem WEF nutzen deswegen ihren politischen Einfluss, um die Krise künstlich in die Länge zu ziehen und den Umbau der Weltwirtschaft entsprechend der eigenen Agenda voranzutreiben.

Damit die Bevölkerung und insbesondere der Mittelstand nicht gegen diese gefährliche Entwicklung rebellieren, verpackt man den Plan in die herzerwärmende Geschichte eines antikapitalistischen, humanen Neustarts der Globalisierung und versteckt die angestrebte Machtverschiebung hinter sympathischen Floskeln wie „Global Governance“.

Doch wie glaubwürdig ist es, wenn genau die Kräfte, die seit Jahrzehnten durch beispiellosen Raubbau an der Natur Unsummen verdienen, sich plötzlich in grünem Gewand präsentieren? Die Tatsache, dass selbst ranghöchste Vertreter der Vereinten Nationen für diese weltweite Kampagne des Bankensektors der Großkonzerne werben, legt nebenbei bemerkt einen Missbrauch der

UN für privatwirtschaftliche Interessen nahe (2).

Wenn nicht rechtzeitig genügend Menschen die Gefahren einer weiteren Machtkonzentration in den Händen Weniger erkennen und sich dagegen wehren, dann werden wir uns schon bald in einer Welt wiederfinden, in der unsere demokratisch legitimierten Regierungen praktisch keine Entscheidungsgewalt mehr besitzen. In der Finanzpolitik ist dies längst der Fall, weswegen die Umverteilung von den Fleißigen zu den Reichen auch ungebremst zunimmt.

Höchste Vertreter des Bundestages haben nun angekündigt, den Plänen der Konzerne zur weiteren Zentralisierung der politischen Macht zu folgen. So will man „wegen Corona“ auch die Wirtschaftspolitik aller EU-Mitgliedstaaten auf die Europäische Union übertragen, wie Bundestagspräsident Schäuble kürzlich ankündigte.

Man sollte sich jedoch keinen Illusionen darüber hingeben, wer von einem Machtzuwachs in Brüssel tatsächlich profitieren würde: Eine Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene würde nur noch die Interessen transnationaler Konzerne wie Amazon, BlackRock, Goldman Sachs et cetera bedienen – eine beispiellose Privatisierungs- und Deregulierungswelle wäre die Folge. Bereits jetzt zeigt sich diese Ausrichtung der EU beispielsweise bei der facto-Steuerbefreiung der Digitalkonzerne sowie der Privilegierung des Finanzsektors.

Parallel zur Machtverschiebung nach Brüssel sorgen die europäischen Regierungen mit den Corona-Maßnahmen gezielt dafür, dass weite Teile des Mittelstandes infolge der Krise von Konzernen und Finanzinvestoren aufgekauft werden können. Diese Vorgehensweise entspricht der Agenda des „Great Reset“. Ich appelliere daher insbesondere an alle kleinen und mittelständischen Unternehmer, sich gegen diese Bestrebungen zu wehren.

II. Digitalkonzerne und Regierungen

Digitalkonzerne und Regierungen weltweit instrumentalisieren die Angst vor dem Virus, um eine gesellschaftliche Akzeptanz für umfassende digitale Überwachungs- und Kontrollsysteme zu erreichen. Diese Systeme, die unter anderem Kontaktverfolgung, digitale Identitäten, biometrische Gesichtserkennung sowie digitale Immunitätsnachweise umfassen, sind geeignet, eine totalitäre Kontrolle der gesamten Bevölkerung zu ermöglichen.

In China wird bereits die volle Bandbreite dieser inhumanen Technologien eingesetzt, was dazu führt, dass selbst die einfachsten Rechte der Bürger durch KI-gestützte Systeme eingeschränkt werden. So wird dort eine Kombination aus „Corona-App“ und einer Vorstufe digitaler Immunitätsnachweise eingesetzt, um Menschen vollkommen automatisiert Grundrechte wie die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit zu entziehen und die Einhaltung der Maßnahmen zu überwachen (3).

Der 5G-Mobilfunkstandard ermöglicht diese Form der Massenüberwachung jedes Bürgers in Echtzeit. In China entscheidet also digitale Technologie darüber, wer noch seine Wohnung verlassen darf. Eine derartige Gesellschaft lässt sich wohl nur als technokratische Tyrannei bezeichnen. Bedauerlicherweise werden ähnliche Pläne auch von unserer Bundesregierung verfolgt: Auch sie wollte bereits mit der sogenannten „Impf- oder Immunitätsdokumentation“ den Menschen in unserem Land ihre Grundrechte nur noch dann zugestehen, wenn diese eine Immunität, zum Beispiel mittels Impfung, nachweisen können (4).

Diese Absichten unterscheiden sich nicht von denen der chinesischen Diktatur und es ist nur dem öffentlichen Protest in Deutschland zu verdanken, dass die Regierung ihren Gesetzentwurf bislang noch nicht in der ursprünglichen Fassung verabschiedet hat.

Längst arbeitet man jedoch auf EU-Ebene an vergleichbaren Systemen, die Gefahr ist also noch nicht gebannt (p3).

Auch das Weltwirtschaftsforum bewirbt mit dem „Covid-19-Health-Passport“ bereits eine ganz ähnliche Technik, mit der ebenfalls der Zugang zum öffentlichen Leben von der Nutzung digitaler Kontrollmechanismen abhängig gemacht werden soll. Es ist daher davon auszugehen, dass uns digitale Immunitätsnachweise im Laufe der kommenden Monate von Medien, Regierung und Vertretern der Digitalkonzerne als Grundvoraussetzung für eine Rückkehr zur Normalität präsentiert werden.

Ich erachte derart massive Zwangsmaßnahmen angesichts der Situation mit dem Coronavirus als unverhältnismäßig und schließe mich daher Edward Snowden an, der vor einer weltweiten Architektur der Unterdrückung mittels digitaler Technologie warnte, die die Krise überdauern werde (5). Wenn wir es digitalen Systemen gestatten, über unsere Bewegungsfreiheit und unseren Zugang zum öffentlichen Leben zu bestimmen, dann geben wir damit gleichzeitig die Kontrolle über unsere elementarsten Grundrechte an die privaten Betreiber der digitalen Infrastruktur ab.

Ein Blick nach China genügt, um die realen Gefahren einer derart technokratischen Gesellschaftsform zu erkennen. Niemand sollte in so einer Welt leben müssen, doch wir alle werden infolge eines zu sorglosen Umgangs mit dem technisch Machbaren zunehmend in diese Richtung gedrängt. Dies gilt auch für Europa, selbst wenn es im ersten Moment schwer vorstellbar sein mag. Die Tatsache, dass das 5G-Netz im Gegensatz zur bislang privaten Mobilfunkinfrastruktur in Deutschland mit viel Steuergeld errichtet wird, spricht in diesem Zusammenhang dafür, dass diese Technologie auch bei uns vorrangig der staatlichen Massenüberwachung dienen wird (6).

Es ist eine perfide Vorgehensweise der Bundesregierung, dass sie diese seit vielen Jahren entwickelten Pläne nun im Rahmen eines „Corona-Konjunkturpakets“ umsetzen will. Neben dem Aspekt der Überwachung soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass die Digitalkonzerne im Rahmen der Digitalisierung der Schulen ihr Geschäftsmodell längst auch auf den Bildungssektor ausdehnen und Corona hierfür einen willkommenen Vorwand liefert. Ich appelliere an alle Eltern und Lehrkräfte, diesen Bestrebungen nicht unkritisch zu folgen. Die Möglichkeiten zur gezielten Beeinflussung von Kindern mittels digitaler Technologie wurden unter enormem Aufwand erarbeitet und stellen eine Bedrohung des Kindeswohls sowie der individuellen Freiheit dar.

Auch die Einführung digitaler Identitäten wurde bereits vor der Coronakrise angestrebt und von einflussreichen Akteuren vorangetrieben: Die Rockefeller-Stiftung und Microsoft verfolgen mit „ID2020“ bereits seit einigen Jahren ein Projekt zur digitalen, biometrischen Erfassung der Weltbevölkerung, wobei digitale Immunitätsnachweise ebenfalls als möglicher Anwendungsfall für dieses totalitäre System beschrieben werden (7).

Eine globale Impfkampagne gegen Corona könnte schon bald als Vorwand dienen, dieses seit Jahren vorbereitete Kontrollsystem weltweit auszurollen. Betrachtet man daneben noch andere Projekte der Digitalkonzerne, erschleicht einen das Gefühl, dass wir Menschen für diese Unternehmen eher eine Ware oder einen ökonomisch verwertbaren Rohstoff darstellen und es ihnen weniger um unsere Sicherheit geht.

So hat beispielsweise Microsoft ein System patentiert, bei dem mit Sensoren ausgestattete menschliche Körper für das Schürfen von Kryptowährungen verwendet werden (8). Das im Jahr 2017 veröffentlichte Facebook-Projekt zu Gehirn-Computer-Schnittstellen (BCI) erscheint aus diesem Blickwinkel betrachtet noch surrealer. Tesla-Chef Elon Musk ließ bereits einen Roboter

entwickeln, mit dem mikro-elektronische Chips vollautomatisiert in menschliche Gehirne gepflanzt werden können (9). Dass es dabei nicht vordergründig um medizinische Anwendungen geht, wird seitens der Entwickler mittlerweile auch nicht mehr abgestritten.

Ich bin der Meinung, dass wir umgehend eine breite Debatte über die ethischen Aspekte derartiger Technologien einfordern müssen. Ähnlich wie bei der gentechnischen Klonung sollten wir uns auch bei Mikrochips im Gehirn die Frage stellen, ob wir alle technischen Möglichkeiten tatsächlich ausreizen wollen oder ob diese Form des Transhumanismus nicht zu einer gefährlichen Entmenschlichung führt. Ist es wirklich noch „normal“, wenn vermögende Personen bereits heute ankündigen, Menschen künftig mittels implantiertem Chip in digitale Netzwerke einbinden zu wollen (10)?

Aus welchem Grund will Microsoft die biometrischen Merkmale der gesamten Weltbevölkerung erfassen? Und sollen wir Unternehmen mit derartigen Absichten tatsächlich erlauben, „wegen Corona“ eine weltumspannende Überwachungsarchitektur zu errichten und damit Zugriff auf all unsere Lebensbereiche zu erhalten? Einflussreiche Akteure fordern bereits offen die permanente Totalüberwachung der gesamten Bevölkerung — natürlich „nur“ wegen dem Coronavirus (11).

All diese Aspekte sollte man nicht unberücksichtigt lassen, wenn man die Bestrebungen gewisser Philanthropen in dieser Krise betrachtet. Ohnehin sollten wir kritischer gegenüber Investoren werden, die sich mit strategischer Philanthropie unsere Zustimmung erkaufen und die trotz (oder aufgrund?) ihrer vermeintlich selbstlosen Spenden immer vermögender und einflussreicher werden.

III. Der Finanzsektor

Der Finanzsektor und insbesondere die internationalen Großbanken instrumentalisieren die Krise, um durch enorme Kreditvergaben an Staaten sowie Unternehmen neue Abhängigkeiten zu schaffen und damit ihren politischen Einfluss auszuweiten. Dies geschieht entweder direkt über die Banken oder indirekt über Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds IWF. Der akute Kapitalbedarf infolge der Krise macht die Staaten damit für private Geldgeber erpressbar. Aufgrund dieser Machtverhältnisse wird jede demokratische Kontrolle unmöglich und der private Bankensektor wird zum politischen Akteur.

Besonders arglistig ist diese Vorgehensweise, weil die Milliardenkredite keineswegs zur Unterstützung der Bevölkerung oder der Realwirtschaft verwendet werden, sondern analog zur Finanzkrise 2008 überwiegend an die Gläubiger der Mitgliedstaaten fließen. Die Politik rettet mit dem geliehenen Geld also nicht unsere Wirtschaft, sondern erspart dem Finanzsektor Verluste infolge der Krise. Gleichzeitig ermöglichen die Kredite der Banken politische Einflussnahme.

Aufgrund dieser Mechanismen haben sie ein starkes Interesse daran, dass die Wirtschaftskrise infolge der Corona-Maßnahmen möglichst verheerend ausfällt. Sie nutzen daher die ihnen offenstehenden Kanäle in den Medien, um weiter Angst zu verbreiten und die wirtschaftliche Lage noch zu verschärfen. Daneben werben sie über Institutionen wie den IWF oder die Weltbank für eine weitere Machtverschiebung zugunsten überstaatlicher Organisationen, weil damit ihre Einflussmöglichkeiten auf die globale Finanzpolitik weiter zunehmen.

Der Finanzsektor macht bereits heute in der Außenpolitik sowie in der weltweiten Reaktion auf die Corona-Pandemie großen Einfluss geltend, wie unter anderem die jüngsten Ereignisse in Weißrussland zeigen: Der IWF als langer Arm des Bankensektors bot dem

wirtschaftlich angeschlagenen Staat im Juni 2020 Hilfskredite in Höhe von 940 Millionen US-Dollar an und forderte im Gegenzug, dass das kleine Land ebenfalls Corona-Maßnahmen wie Lockdown, Maskenpflicht und Quarantäne durchführen müsse (12).

Hintergrund dieser Forderungen war, dass Weißrussland durch seinen nüchternen Umgang mit dem Coronavirus das gewünschte Narrativ der tödlichen Pandemie störte. Betrachtet man die lange Liste von Staaten, die im Rahmen der Coronakrise Kredite des IWF erhalten haben, erscheint eine ähnliche Vorgehensweise des Währungsfonds auch in diesen Ländern denkbar (13). Lukaschenko lehnte die Einmischung des IWF ab, die Folgen für ihn und seine Regierung können wir aktuell beobachten.

Mit dieser Vorgehensweise versucht der Finanzsektor mit Unterstützung der Medien sowie in diesem Falle der EU sicherzustellen, dass sich kein Staat der Agenda beziehungsweise den eigenen Zielen widersetzt. Dass es der EU bei den jetzt vorbereiteten Sanktionen nicht wirklich um den Ablauf der möglicherweise manipulierten Wahlen geht, zeigt die Tatsache, dass die OSZE die Einladung Weißrusslands zur Wahlbeobachtung vor Ort mit einer dürftigen Begründung abgelehnt hatte (14).

Neben den politischen Aspekten missbraucht der Finanzsektor die Krise, um die bereits seit Langem angestrebte weltweite Bargeldabschaffung weiter voranzutreiben. Vielen Menschen ist dabei leider nicht bewusst, welche Auswirkungen der Umstieg auf digitale Währungen hätte und welch enormes Missbrauchspotenzial damit verbunden ist. Ich lege es an dieser Stelle jedem nahe, sich mit den tatsächlichen Folgen einer bargeldlosen Gesellschaft auseinanderzusetzen und insbesondere zu verinnerlichen, welche Macht die Betreiber einer globalen, digitalen Bezahl-Infrastruktur über die gesamte Bevölkerung ausüben könnten.

Einflussreiche Kräfte, die bereits vor Corona intensiven Lobbyismus

für die weltweite Bargeldabschaffung betrieben haben, nutzen die Krise nun für ihre Zwecke aus. Dass dies auch auf Microsoft-Gründer Bill Gates zutrifft, sei an dieser Stelle nur am Rande erwähnt (15). Angesichts der enormen wirtschaftlichen Potenziale in diesem Sektor ist es jedenfalls unwahrscheinlich, dass es diesen Akteuren am Ende um etwas anderes ginge als um Geld und politischen Einfluss, auch wenn sie dies hinter öffentlichkeitswirksamer „Philanthropie“ verbergen. Wenn uns also nun erzählt wird, dass wir wegen Corona auf Bargeld verzichten müssen, dann sollten wir die starken wirtschaftlichen Interessen dahinter nicht ausblenden.

Insgesamt komme ich aufgrund meiner Beobachtungen im Bundestag zu dem Schluss, dass der Finanzsektor mit einer erstaunlichen Selbstverständlichkeit Einfluss auf die Politik nimmt und mittlerweile sogar sein eigenes Personal in den höchsten politischen Ämtern positionieren kann, ohne dass es zu einem öffentlichen Protest dagegen käme. Wenn Goldman Sachs-Manager oder IWF-Vorsitzende Präsident der Europäischen Zentralbank werden können, hat die EU offensichtlich jede Nähe zu den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung verloren. Und wenn BlackRock-Vertreter in Deutschland ernsthaft als Kanzlerkandidat gehandelt werden, dann sind wir über die Absichten und Methoden des Finanzsektors scheinbar zu wenig informiert und dementsprechend unkritisch.

Das aber sollten wir sein, wenn einerseits die Zahl der Milliardäre stetig zunimmt und gleichzeitig auch bei uns immer mehr Menschen in bitterer Armut leben. Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Politik zugunsten der reichsten 0,01 Prozent. Die Coronakrise wird all dies weiter beschleunigen, wenn wir uns nicht dagegen wehren und einen breiten Protest gegen diese Vorgänge bilden.

Teil 2 des Briefes folgt in Kürze.

Bitte, liebe Leser, bleiben Sie sehr aufmerksam.

Quellen und Anmerkungen:

(Allgemein) Dieser Artikel von **Peds Ansichten** (https://peds-ansichten.de/) ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de) (Namensnennung — Nicht kommerziell — Keine Bearbeitungen 4.0 International) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen — insbesondere der deutlich sichtbaren Verlinkung zum Blog des Autors — kann er gern weiterverbreitet und vervielfältigt werden. Bei internen Verlinkungen auf weitere Artikel von Peds Ansichten finden Sie dort auch die externen Quellen, mit denen die Aussagen im aktuellen Text belegt werden. Die mit Ziffern indizierten Quellen stammen vom Autor des Briefes. Weitere Anmerkungen (a1 ...) und Quellen (p1 ...) wurden nachträglich hinzugefügt.

(a1) Unter anderem wurden Fotos von Ausweisen hinzugefügt, welche den Zugang zu nicht-öffentlichen Sitzungen des Bundestages belegen möchten.
(a2) WEF — World Economy Forum; zu deutsch Weltwirtschaftsforum (von Davos)

(p1) 24. September 2020; Telepolis; Thomas Moser; **Corona-Recht: Wenn Abgeordnete nicht mehr immun sein sollen** (https://www.heise.de/tp/features/Corona-Recht-Wenn-Abgeordnete-nicht-mehr-immun-sein-sollen-4911295.html)
(p2) Wikipedia; **Parlamentarischer Berater** (https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentarischer_Berater); abgerufen: 24. September 2020
(p3) 4. Oktober 2019; Telepolis; Stefan Krempl; **Trotz Kritik:**

Frankreich startet Online-Identitätsnachweis mit Gesichtserkennung (https://www.heise.de/newsticker/meldung/Trotz-Kritik-Frankreich-startet-Online-Identitaetsnachweis-mit-Gesichtserkennung-4546332.html)

(1) **weforum.org/great-reset** (https://www.weforum.org/great-reset)
(2) The Great Reset: A Unique Twin to Begin 2021;**weforum.org** (https://www.weforum.org); 2020
(3) Corona-App in China: Beginn der Digitaldiktatur; **sueddeutsche.de** (https://www.sueddeutsche.de/); 15. Mai 2020
(4) Formulierungshilfe für den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite; **bundesgesundheitsministerium.de** (https://www.bundesgesundheitsministerium.de/); 29. April 2020
(5) Corona-Maßnahmen: Snowden warnt vor „Architektur der Unterdrückung“; **heise.de** (https://www.heise.de/); 11. April 2020
(6) Eckpunktepapier Konjunkturpaket: **bundesfinanzministerium.de** (https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Home/home.html); 3. Juni 2020
(7) **id2020.org/alliance** (https://id2020.org/alliance)
(8) Patent W0/2020/060606 bzw. US16138518; **patenscope.wipo.int** (https://patentscope.wipo.int/search/de/search.jsf); 26. März 2020
(9) An integrated brain-machine interface platform with thousands of channels; **bioxiv.org** (https://www.biorxiv.org/content/10.1101/703801v2); 2. August 2019
(10) Chip stellt Verbindung zwischen Gehirn und Smartphone her; **tagesspiegel.de** (https://www.tagesspiegel.de/); 29. August 2020
(11) National Covid-19 Testing Action Plan; **rockefellerfoundation.org** (https://www.rockefellerfoundation.org/); 21. April 2020
(12) Lukaschenko über Aufdrängung von zusätzlichen Bedingungen

bei Vergabe von äußeren Krediten; **deu.belta.by** (https://deu.belta.by/); 19. Juni 2020
(13) COVID-19 Financial Assistance and Debt Service Relief; **imf.org** (https://www.imf.org/external/index.htm); 19. August 2020
(14) ODIHR will not deploy election observation mission to Belarus due to lack of invitation; **osce.org** (https://www.osce.org/); 15. Juli 2020
(15) **betterthancash.org** (https://www.betterthancash.org/members)

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Peter Frey, Jahrgang 1960, ist seit 1965 Dresdner, gelernter Autoschlosser, war LKW-Fahrer, Taxifahrer, selbständig in der IT-Beratung. Nach der Insolvenz war er Sozialhilfeempfänger, Hartz-IV-Empfänger, und studierte schließlich ab 2004 Informationstechnik und ist seit Jahren in Dresden in der Friedensbewegung aktiv. Er will Menschen aufwecken und so zu aktivem, selbst bestimmten, dem kleinen wie dem großen Frieden gewidmeten Handeln bewegen. Seit einigen Jahren ist er hauptberuflich als Administrator tätig und betreibt nebenher den Blog **Peds Ansichten** (http://peds-ansichten.de).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.